Soziale Wärmewende und Hitzeschutz umsetzen!

Wenn die ökologische Wärmewende gelingen soll, d.h. demokratisch, sozial gerecht und solidarisch erfolgen, dann sind die nachfolgenden Forderungen sind das Mindeste, was in einer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben werden muss!
Wir richten diese Forderungen an die demokratischen Parteien, die im Herbst in das Berliner Abgeordnetenhaus einziehen und die künftige Regierungskoalition 2026 bis 2031 tragen wollen.

Dennoch gehen unsere Vorstellungen und Ansprüche weiterhin über dieses Mindeste hinaus und wir lassen uns auch künftig nicht von der Arbeit an konkreten Utopien abhalten…

Politische Aufträge für eine sozial gerechte ökologische Wärmewende in Berlin

A. Zukunftsfähige Fernwärme: Bezahlbar, klimaneutral und gemeinwohlorientiert

- **1. Ziel: Echte Klimaneutralität.** Schnellstmöglich die Fernwärme auf erneuerbare Energien und verbrennungsfreie Technologien umstellen! Aus der Verbrennung von Kohle, Öl, Gas, Holz und Abfall aussteigen!
- **2. Wirksame Preisaufsicht und ein Preisdeckel für die Fernwärme.** Die personelle und institutionelle Regulierung stärken! Eine transparente Preisüberwachung soll Tarife, Verträge und Investitionen kontrollieren, um die dauerhafte Bezahlbarkeit für die Verbraucher:innen zu sichern!
- **3. Gemeinwohlorientierte Organisation.** Das kommunale Energieunternehmen BEW von einer GmbH in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) mit ausreichenden Ressourcen, Kompetenzen und demokratischer Verwaltung umgestalten!
- **4. Integrierte Wärmeplanung.** Zukunftsorientiert, demokratisch gestützt und koordiniert die Fern- und Nahwärme ausbauen! Ressourcenverschwendung und destruktive Monopole vermeiden! Bei Beachtung der Klima- und Umweltwirkungen und zugleich der sozialen Folgekosten verantwortungsvoll steuern und regulieren!
- **5. Transparenz, demokratische Beteiligung und Konfliktlösung.** Die Zivilgesellschaft und Fachwelt verbindlich an der Entscheidungsfindung beteiligen! Ein politisches und demokratisch legitimiertes Lenkungsgremium soll Adressat von Problemen, Kritik und Alternativen sein, frühzeitig Interessen- und Zielkonflikte beim Ausbau und Betrieb der Fernwärme erkennen und lösen! Eine zentrale Beratungsstelle soll Bezirke, Mieter:innen und Zivilgesellschaft bei der Suche nach Problemlösungen unterstützen!

B. Nahwärme: Lokale Lösungen ermöglichen und fördern, Bürger:innenenergie stärken

- **1. Feste Verankerung in der Wärmeplanung.** Verbindliche rechtliche Grundlagen und Ausbauziele für Quartiersnetze formulieren! Kalte Nahwärme und Geothermie maximal als technologischen Hitzeschutz im Bestand nutzen! Demokratisch nach möglichst optimalen Lösungen suchen!
- **2. Anschubfinanzierung für Bürger:innenenergie.** Einen Bürger:innenenergiefonds für Expertise, Machbarkeitsstudien einrichten und Risikokapital in der Planungsphase bereitstellen!
- **3. Zentrale Leitstelle Nahwärme.** Eine Leitstelle zur Beratung und Qualitätssicherung soll aufgebaut werden Mittels standardisierter Verfahren soll die Genehmigung für

dezentrale Problemlösungen durch Genossenschaften, gemeinnützige Unternehmen und Kommunen beschleunigt werden. Mittels standardisierter Verfahren die Genehmigung für dezentrale Problemlösungen durch Genossenschaften, gemeinnützige Unternehmen und Kommunen beschleunigen!

- **4. Förderung gemeinnütziger Betreiber.** Gemeinnützige Unternehmen, Genossenschaften und kommunale Unternehmen bei der Vergabe und Finanzierung präferieren! Die Suche nach Problemlösungen, Möglichkeiten lokaler Wertschöpfung und Mitbestimmung sichern!
- **5. Einbeziehung öffentlicher Ankerkunden.** Schulen, Kitas, Behörden und landeseigene Wohnungsunternehmen (LWU) nach gemeinsamer Beratung systematisch als Großabnehmer („Ankerkunden“) verpflichten! Netze stabilisieren! Ressourcen ökonomisch nutzen und Preise niedrig halten!

C. Soziale Wärmewende: Klimaschutz mit Mieter:innenrschutz verbinden

- **1. Bekämpfung von Energiearmut.** Zielgruppenspezifische Praxis-Hilfen für überlastete Haushalte erweisen! Einen landeseigenen Gerätepool einrichten, um unbürokratisch und zielgerichtet geeignete energiesparende Technik (vom Thermostat bis zum Balkonkraftwerk) bereitzustellen!
- **2. Fokussiertes Sanierungsprogramm.** Prioritär Quartiere mit den größten sozialen und energetischen Problemen fördern! Ein komplexes Sonderprogramm für die energetisch schlechtesten Gebäude (*worst performing buildings*) auflegen!

- **3. Warmmietenneutrale Sanierung.** Einen Berliner Rahmenvertrag zwischen Senat und landeseigenen Wohnungsunternehmen und einen Kostendeckel einführen! Warmmietenneutralität, auch bei Contracting. Modernisierungsumlagen, die zu Mietwucher führen, unterbinden! Fördergelder mit dem Ziel Warmmietenneutralität ausreichen!

- **4. Berliner Sanierungsvereinbarung.** Verbindlich Mieter:innenbeiräte in die Vorbereitung und Realisierung des Sanierungsprozesses einbinden! Sanierungsrate auf das wissenschaftlich geforderte Niveau von mindestens 2 % pro Jahr – bei Ausschluss von sozialer Verdrängung – erhöhen!
- **5. Soziale Absicherung der Versorgung:** Soziale Tarife, verlässliche Preisobergrenzen sowie ein konsequentes Verbot von Energiesperren bei Zahlungsrückständen einführen!

- **6. Begleitung durch die Bezirksämter:** Im Zuge energetischer Modernisierung in Milieuschutzgebieten sollen Runde Tische unter Einbeziehung von Mieter*innenvereinen, Mieter*inneninitiativen, Eigentümer*innen, WEGs, Umweltverbänden und anderen Expert*innen gebildet werden und gemeinsam nach den bestmöglichen Lösungen für die Wärmeversorgung incl. Kühlung gesucht werden.
- **7. Sichtbarkeit der sozialen Aspekte der Wärmewende deutlich verbessern:** Die Auswirkungen von Preisentwicklungen, Energiearmut und Energiesperrungen auf

soziale Lagen betreffende zentrale Themen der Wärmewende sind entsprechend als zentrale Dokumente der Wärmeplanung zu kennzeichnen und zu platzieren.

Kernforderungen

Die Berliner:innen brauchen einen Umbau der Stadt gegen Überhitzung. Das bedeutet auch und insbesondere: Forcierte Einsparung beim Bedarf und Verbrauch von Strom und Wärme und forcierter Übergang zur Produktion und Nutzung erneuerbarer Energie und Wärme. Auch erneuerbare Fernwärme kann nicht kühlen und sollte sinnvoll auf ein Minimum reduziert sein.

Bei Wärmenetzen/versorgung solle künftig verpflichtend Wärme und Kühlung gleichberechtigt mitgedacht werden. Entsprechende Projekte sollen insbesondere in der dichtbesiedelten Innenstadt gefördert werden, da dort vermehrt Hitzeinseln sind. Intelligente Netze können in Kombination mit oberflächennaher Geothermie zur saisonalen Wärme- und Kältenutzung beitragen und damit Synergien mit dem Hitzeschutz schaffen. Um die technischen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Potenziale unter realen Bedingungen zu erproben und belastbare Erfahrungen für die Skalierung zu gewinnen, sollten gezielt Pilotprojekte in unterschiedlichen innerstädtischen Quartieren umgesetzt und wissenschaftlich begleitet werden.

Das politisch und demokratisch legitimierte Lenkungsgremium zur Fernwärme und die Zentrale Leitstelle Nahwärme sollen eingehen in einen Lenkungsrat Wärmewende aus Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Fachleuten. Dieser Lenkungsrat soll eine Grundlage für künftige politische Entscheidungen erarbeiten.

Es geht schlussendlich um nicht mehr und nicht weniger als eine demokratische sozial-ökologische Neuorganisation der Berliner Energiepolitik und der Berliner Energie- und Wärmewirtschaft. Alle Möglichkeiten der sinnvollen und sozial gerechten Reduzierung des Energie- und Wärmeverbrauchs, der Steigerung der Energieeffizienz, der Erschließung und Nutzung von erneuerbaren Energien sollen zur Anwendung kommen.